



Schwarzwälder Bote, FDS , Horb , Schramb. , Calw , Nagold

Südwestpresse

Schwäbische Zeitung

Sonstige

Datum:

24.07.09

Sozialpolitik und Krise

Bundestagswahl-Kandidatencheck bei der IG Metall

Wenige Wochen vor der Bundestagswahl hat die IG Metall einen Wahlkampf-Auftakt mit den politischen Kandidaten zu den Prüfsteinen Arbeit und soziale Gerechtigkeit vollführt. 70 Hörer waren in Glatten am Mittwoch dabei.

PETRA HAUBOLD

Freudenstadt/Glatten. Saskia Esken (SPD), Reinhard Freitag (FDP), Franz Groll (Die Linke) und Charlotte Michel-Biegel (Grüne) wurden dabei mit Sozial- und arbeitsmarktpolitischen Themen konfrontiert. „Sie sollen stellvertretend für ihre Partei antworten“, machte DGB-Regionschef und Moderator Martin Spreng im Sportlertreff in Glatten das Reglement klar. Gewerkschaftssekretär Uwe Wallbrecher erinnerte an die IG-Metall-Umfrage über Erwartungen an ein sicheres, gutes Leben und die Anforderungen an die Politik. Eins der

Resultate: Zwischen dem politischen Handeln und den Wünschen der Bürger klaffe einiges auseinander. Dass angesichts der Wirtschaftskrise die Sicherheit des Arbeitsplatzes für die Menschen oberste Priorität hat, machten die IGM-Vertreter deutlich.

Den wachsenden Problemen bei der Rentenversorgung für Minijobber und Teilzeitbeschäftigte entgegensteuern, die Hartz IV-Gesetze verbessern und die Einführung tariflicher Mindestlöhne beschleunigen – das wiederum wollten die Mitglieder dieser außerordentlichen Delegiertenversammlung. Zudem forderten die IG-Metaller, dass in Zukunft Banken, Märkte und Unternehmen strengeren Regeln zu unterwerfen seien.

Deutlich sprach sich Franz Groll (Linke) für eine längere Bezugsdauer (36 Monate) des ALG aus. Auch die Hartz IV-Sätze müssten auf mindestens 500 Euro erhöht werden. Von der SPD wird der „flächendeckende gesetzliche Min-

destlohn von 7,50 Euro angestrebt, sagte Saskia Esken, die die „teilweise sklavenartigen Arbeitsverhältnisse“ bekämpfen will. „Von der Arbeit muss man leben können“, fügte Charlotte Michel-Biegel (Grüne) hinzu. Sie will besonders den Frauen, die im Niedriglohnssektor arbeiten zu einer sicheren Rente verhelfen, denn Altersarmut gerade bei Frauen weite sich aus. Die Älteren sollten die Jobs frei machen können für die Jüngeren, forderte die Grünen-Politikerin. Dies angesichts von Rente mit 67 Jahren und der hohen Arbeitslosigkeit junger Menschen in Krisenzeiten.

Mehr Flexibilität in der Rentenaltersregelung verlangt auch FDP-Kandidat Reinhard Freitag, Alterszeit und ähnliche Modelle sollten verstärkt zum Tragen kommen. Einig waren sich alle, dass es wohl Probleme geben werde, qualifizierte Facharbeiter zu bekommen. Denn immer mehr ältere Menschen stünden immer weniger jun-



Arbeit und soziale Gerechtigkeit als Themen bei der Kandidatenrunde der IG Metall. Von links: Franz Groll (Die Linke), 1. IGM-Bevollmächtigter Rainer Neumeister, Saskia Esken (SPD), Charlotte Michel-Biegel (Grüne), Vorsitzender DGB-Nord-schwarzwald/Mittelbaden Martin Spreng und Reinhard Freitag (FDP). Bild: pez

gen gegenüber. Zum anderen erforderten die Umbrüche in der Arbeitswelt die Ausweitung der Sozialversicherung. Alle Erwerbstätigen müssten zur Finanzierung herangezogen werden, so Saskia Esken. Beherrschende Themen der Diskussionsrunde waren die Wirtschaftslage und die Sozialpolitik.

Reiner Neumeister kritisierte das Unternehmerverhalten und die

Einstellungspolitik in der Region. Mitbestimmung auf betrieblicher Ebene durch die Betriebsräte wurde gefordert. Die Wirtschaftskrise sei die Folge eines an kurzfristigen Gewinnzielen ausgerichteten Handelns. Die Menschen gehörten nunmal in den Mittelpunkt des politischen Handelns und nicht die merkantilen Interessen der Banken und Unternehmen.